

An den Bundesminister des Inneren, Herrn Wolfgang Schäuble
An den Niedersächsischen Innenminister, Herrn Uwe Schünemann

Sehr geehrter Herr Minister Schäuble,
sehr geehrter Herr Minister Schünemann,

auf Grund der aktuellen Lage im Kosovo sowie anderer Teile Osteuropas fordert der Kreistag des Landkreises Lüchow-Dannenberg von Ihnen als politisch Verantwortliche einen Abschiebestopp für Roma und andere Minderheiten in das Kosovo.

Wir halten eine Abschiebung von Roma-Familien und anderer Minderheiten unter den gegenwärtigen Umständen für ethisch nicht vertretbar. Bedingt durch die Ereignisse von 1933 – 1945 hat Deutschland die moralische Verpflichtung, Menschen aus diesen Krisengebieten ohne Einschränkung aufzunehmen.

Wir begründen unseren Appell an Sie im Folgenden:

Mit Bestürzung hat der Kreistag des Landkreises Lüchow-Dannenberg das Ergebnis der Innenministerkonferenz (4.-5.6.09) zur Kenntnis genommen. weil die Innenminister der Länder bei dem Rückübernahmeabkommen zwischen Deutschland und dem Kosovo auch eine Rückführung von Roma und anderen Minderheiten vereinbart haben. Damit droht eine verstärkte Rückführung von Roma-Familien, denn aufgrund ihres Kinderreichtums fallen sie leichter durch die hohen Anforderungen der Bleiberechtsregelung.

Übereinstimmende, erschreckende Berichte von Menschenrechtsorganisationen, zurückgekehrten Flüchtlingen und von verschiedensten Medien machen deutlich, dass im Kosovo der Schutz von Minderheiten nicht gewährleistet ist. Selbst wenn offiziell das Kosovo inzwischen wieder als friedliche Region eingestuft wurde, bleibt das Problem der unterdrückten Minderheiten bestehen. Die Probleme haben sich in jüngster Zeit sogar durch gezielte Morde - auch an Frauen und Kindern - weiter verschärft. Auch in anderen Osteuropäischen Ländern werden Bedrohung und Gewalt gegen Roma ausgeübt. Es gibt für diese Menschen speziell im Kosovo keine Arbeit und keine soziale Absicherung. Es besteht aber die permanente Gefahr aufflammender Gewalt.

Die Abschiebung droht auch Familien aus unserem Landkreis. Einige Betroffene wurden hier geboren, ebenso wie ihre Kinder. Sie leben seit über 20 Jahren hier, sind integriert und unterstützen die Integrationsbemühungen anderer Flüchtlingsfamilien. Sie sind unsere Mitbürger und Mitbürgerinnen. Auch und gerade für Migranten und Flüchtlinge müssen die rechtsstaatlichen Grundsätze von Verjährung und Bewährung bei Delikten gelten. Es ist nicht hinnehmbar, wenn lange zurück liegende Bagatell-Delikte noch nach Jahren als Gründe für eine Abschiebung heran gezogen werden können. Hier wird auch der Rechtsgrundsatz der bereits erfolgten Strafe verletzt.

Der Erhalt von Ausreiseaufforderungen und Abschiebeandrohungen weckt in vielen Betroffenen traumatische Erinnerungen von Krieg, Vertreibung und Flucht. Ein solcher Umgang mit Flüchtlingen entspricht nicht unserem Verständnis einer freien demokratischen Gesellschaft und eines Rechtsstaates.

Wir wollen diesen Menschen hier Schutz gewähren, weil sie in ihren Herkunftsländern verfolgt werden.

Der Kreistag schließt sich mit seiner Forderung nach einem Abschiebestopp dem aktuellen Appell von Roma-Verbänden und Flüchtlingshilfeorganisationen sowie den beiden großen Kirchen in Deutschland an. Er soll mindestens so lange gelten, wie Minderjährige in unerträgliche Verhältnisse abgeschoben werden sollen und ihre Eltern sie nicht menschenwürdig großziehen und sich und ihre Kinder vor Gewalt schützen können.